

Status quo durch Ost-Berlin, durch die DDR-Regierung jedenfalls ein Stück konterkariert.

Vierte Bemerkung: Als im Zusammenhang mit dem Berlin-Ultimatum seit November 1958, vor allem im Herbst 1959, nachdem die Bundesrepublik und die DDR zum erstenmal am Genfer Katzentisch international gleichbehandelt worden sind, bei den Gesprächen Eisenhower-Chruschtschow in Camp David sich die Möglichkeit abzeichnete, daß die amerikanische Politik eine praktische Berlin-Regelung nach dem Muster der zuerst von John Foster Dulles kurz vor seinem Tod formulierten Agententheorie – also DDR-Grenzbeamte bei der Kontrolle der Zugangswege als Agenten der Sowjets – akzeptieren würde, war aus der Sicht Adenauers, wie die damals wieder aufgenommenen vertraulichen Gespräche mit Chefredakteuren in Bonn zeigten, jedenfalls die Tendenz zur internationalen Anerkennung der DDR unaufhaltsam.

Er hatte sich aber auf der anderen Seite im Mai 1960 riesig gefreut, als die Pariser Gipfelkonferenz platzte.

Zitat: „Wir haben noch mal nies Jluück jehabt.“ Ich kann das Kölsche leider nicht so gut.

Gesprächsleiterin Dr. Dorothee Wilms (CDU/CSU): Das war kein gutes Kölsch!

Abg. Prof. Dr. Hartmut Soell (SPD): Das gebe ich zu, aber das Zitat ist trotzdem von seinem Pressechef Felix von Eckardt übermittelt, dem Adenauer dies gesagt hat.

Fünfte Bemerkung. Es ist sehr zu diskutieren, ob frühere Lösungen in dem bezeichneten Sinne die Rigidität des Grenzregimes ab dem 13. August 1961 hätten verhindern können. Klar ist, daß es in jedem Fall ein Grenzregime gegeben hätte, damit die DDR im Sinne der Sowjetunion und der anderen Mitgliedstaaten des Warschauer Pakts stabilisiert werden konnte. Klar ist auch – darauf hat ja vorher der kleine Disput zwischen Frau Wilms und Herrn Mahncke schon hingewiesen –, daß ab 1962, also unmittelbar nach der Mauer, umfangreiche, massive Berlin-Hilfen von seiten der Bundesregierung gekommen sind, die in ihren materiellen, wirtschaftlichen, sozialen und auch kulturellen Auswirkungen erheblich größer waren als in den 50er Jahren insgesamt durch das sogenannte Notopfer Berlin. Dazu braucht es hier in diesem Kreis keine zusätzlichen Ausführungen. Denn der Abbau dieser Berlin-Hilfen in den letzten Jahren – er findet ja nach wie vor statt – bringt ja erhebliche Einbußen, insbesondere für die West-Berliner. Daraus kann man den massiven Charakter dieser Hilfen ersehen.

Noch eine Bemerkung: Die Wende in der Ostdeutschland/Berlin-Politik, zuerst in der politischen Führung West-Berlins, später in ersten Ansätzen der Großen Koalition und schließlich in den entscheidenden Schritten der sozialliberalen Koalition ab 1969, ist durch die Erfahrungen des 13. August 1961 in Gang

gekommen. Brandt hat dies am 25. Februar 1970 im Bundestag deutlich gesagt. Damals wurde ein Vorhang weggezogen, und es stellte sich heraus: Die Bühne war leer.

Der Antwortbrief John F. Kennedys auf einen Brief, den Willy Brandt unmittelbar nach dem 13. August geschrieben hat, um die Nöte der Stadt und insbesondere die psychologische Situation darzulegen, machte dann auch deutlich, daß es unabhängig von der Sicherung der drei Essentials wichtig war, sich nicht im politischen Status quo einzurichten. Und daraus wurden dann ganz bestimmte Konsequenzen gezogen.

Letzter Punkt, der auch die Diskussion mit Herrn Mahncke noch erwähnt: Da ich selber einer der Betroffenen der Maßnahme der Bundesregierung nach 1961 war – durch die Verlängerung der Wehrpflicht –, ist es nicht ganz richtig, wenn Sie sagen, daß es keine militärischen Maßnahmen außer dieser Verlängerung der Dienstzeit der Zeitsoldaten gegeben habe. Die Wehrpflicht wurde unmittelbar nach dem Mauerbau zunächst auf 15 Monate erweitert, ab 1962 auf 18 Monate. Soviel zur Ergänzung dessen, was Herr Mahncke gesagt hat. (Beifall)

Gesprächsleiterin Dr. Dorothee Wilms (CDU): Vielen Dank, Herr Soell. Daß es mich jetzt juckt, einiges zu sagen, möge man verstehen. Aber ich bin heute nur Moderator; deshalb gebe ich jetzt das Wort Herrn Professor Wilke, sachverständiges Mitglied der Enquete-Kommission für die CDU/CSU-Fraktion. Bitte schön.

Sv. Prof. Dr. Manfred Wilke: Liebe Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Ich will kurz zu einem Aspekt sprechen und den Faden weiterspinnen, den Stefan Wolle vor mir schon gelegt hat, welche Rolle das Volk von Berlin in der deutschen Nachkriegsgeschichte gespielt hat. Dabei werde ich mich auf die Grundfrage deutscher Politik nach 1945 konzentrieren: Wo gehört Deutschland hin, West- oder Ostorientierung?

Wir alle kennen das Bild. 1945 wurde auf diesem Reichstag die rote Fahne gehißt. Wir wissen auch, daß das Bild als Propagandacoup geplant wurde. Mit dem Bild wollte die Sowjetunion den Deutschen deutlich machen, wer der Sieger ist.

Die Alliierten hatten Berlin aus den Besatzungszonen herausgenommen, um hier in der Hauptstadt des bezwungenen Reiches gemeinsam als Sieger über Deutschland zu entscheiden. Keine Macht hat die Teilung explizit gewollt. Roosevelt hat in Jalta hellstichtig gesagt: Vielleicht wird aus Besatzungszonen die Teilung werden, auf die sich die „großen Drei“ in Jalta nicht einigen konnten.

Aber der Sonderstatus Berlins machte eines deutlich, über die Deutschen sollte verfügt werden, um die drei zentralen Ziele alliierter Nachkriegspolitik durchzusetzen: Entmilitarisierung, Entnazifizierung und Demokratisierung.